

Existenzbedrohende Forderungen Für den bürgerlichen Mittelstand benötigen eine sofortige Korrektur.

Existenzbedrohend für die Kommunen:

Migrationspolitik und Asyl

Asyl zu gewähren, ist zweifellos von großer Bedeutung, denn es zeigt unsere Menschlichkeit gegenüber denen, die Schutz suchen. Es ist ein Akt des Mitgefühls und der Solidarität, den wir gegenüber Menschen in Not zum Ausdruck bringen sollten. Gleichzeitig ist es unerlässlich, die Auswirkungen zu berücksichtigen, die eine unkontrollierte Migration auf unsere Gemeinden hier in Deutschland haben kann, insbesondere im Hinblick auf die finanziellen Belastungen unserer Systeme.

Durch die Zunahme illegaler Migration stehen wir vor der Herausforderung, dass neu errichtete Gebäude in unserer Gemeinde angemietet werden müssen, um Unterkünfte für Asylsuchende bereitzustellen. Dies führt zu einer erheblichen Belastung des Wohnungsmarktes, da bezahlbarer Wohnraum, der ursprünglich für unsere geringverdienenden Mitbürger vorgesehen war, nun für die Unterbringung von Asylbewerbern genutzt wird und jetzt auch noch Neubauwohnungen angemietet werden. Die Tatsache, dass die für diese Zwecke zur Verfügung gestellten Wohnungen oft einen Standard aufweisen, der für die Mehrheit der mittelständischen, arbeitenden Familien unerreichbar ist, zeigt die Komplexität des Problems.

Es ist eine Gratwanderung, einerseits unsere humanitären Verpflichtungen zu erfüllen und andererseits die Stabilität und das Wohlergehen unserer eigenen Gemeinschaften zu gewährleisten. Eine Politik, die das soziale Gleichgewicht gefährdet und zu einer Spaltung in der Gesellschaft führt, bedarf einer kritischen Überprüfung. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Geschichte uns lehrt, wohin Schweigen und Ignoranz führen können. Es ist von größter Wichtigkeit, einen Weg zu finden, der sowohl Mitgefühl für diejenigen, die Zuflucht suchen, zeigt als auch die langfristigen Interessen und das Wohlergehen unserer Gemeinschaften im Auge behält.

Die Maßnahmen für die Unterbringung ist in unseren Kommunen an ihre Grenzen gestoßen und muss umgehend gelöst werden.

Wir, die Mitglieder des Mittelstandes, ziehen die Liebe, unseren Lebensstil und die familiären Traditionen als Grundlage für unsere Meinungsbildung heran. Aus diesen tief verwurzelten Werten speisen sich unsere Gedanken und Gefühle, was einen kohärenten und lebendigen Ausdruck unseres Weltbildes formt.

Ein Beispiel: Ein bürgerlicher Blick auf die Asylpolitik

Stellen Sie sich vor, die Kommunen sind wie Bewohner eines großen, alten Hauses. Eines Tages, ganz unerwartet, standen Flüchtlinge vor unserer Tür – unsere Nachbarn, deren Welt in Flammen aufgegangen war. Zuerst herrschte Unsicherheit; wir glaubten, unser Haus sei bereits voll. Doch nach einigem Überlegen entschlossen

wir uns, die ungenutzten Räumlichkeiten in unseren Altbauten freizugeben, trotz der anfänglichen Annahme, dass kein Platz mehr verfügbar sei.

Nicht lange danach begegneten wir einem weiteren Fremden, dessen Notlage offensichtlich war. Er bat um etwas zu essen und einen Ort zum Schlafen. Erinnert an das Gebot der Nächstenliebe – „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ –, machten wir Platz. Wir legten unsere Bedenken beiseite und richteten in den Neubauwohnungen ein Zimmer her, sogar so weit gehend, dass wir zwei unserer Kinder in einem Zimmer zusammenlegten, um dem Bedürftigen einen eigenen Raum anbieten zu können.

Mit der Zeit begann der Staat, unsere neuen Gäste zu unterstützen, und es stellte sich heraus, dass sie sich nun einen Lebensstandard leisten konnten, der in manchen Fällen den unseren oder den unserer Kinder übertraf. Während wir den Tag über arbeiteten, verwandelten sich die notdürftig bereitgestellten Zimmer, wie das umfunktionierte Kinderzimmer, mit neuer Einrichtung.

Als die Geschichte unserer Gemeinschaft und ihres großen Hauses fortschritt, läutete es abermals an der Tür. Zwei weitere Gesichter, gezeichnet von der Härte ihrer Flucht, standen vor uns, mit Hoffnung in den Augen. Wir standen an einem Wendepunkt; eigentlich gab es keinen Raum mehr, unser Haus schien bis zum letzten Winkel gefüllt.

In diesem Moment, als wir zögerten und nach Lösungen suchten, mischten sich einige Nachbarn ein, die bislang am Rande geblieben waren. Sie hatten bis dahin keinen Beitrag zur Unterstützung der Neuankömmlinge geleistet, doch nun waren sie schnell mit Ratschlägen zur Hand. „Stellt euch nicht so an!“, riefen sie über den Zaun, „Nehmt die Flüchtlinge auf, oder was? Seid ihr etwa rechts?“ Ihre Worte, so herausfordernd sie auch gemeint waren, brachten uns zum Nachdenken.

Wir standen vor einer Entscheidung, die mehr über uns und unsere Werte aussagen würde, als Worte je könnten. Getrieben von der Notwendigkeit und unserem tiefen Wunsch zu helfen, fanden wir eine neue Lösung. Wir beschlossen, unser Grundstück, unseren Garten, zu nutzen. Zelte wurden aufgeschlagen und ein Wohnwagen hinzugezogen, unser persönlicher Beitrag zu einer Art kommunalen Container. Diese Notlösung wurde zu einem Zeichen unserer Entschlossenheit, niemanden abzuweisen, selbst wenn der Platz im Inneren unseres Hauses erschöpft war.

Das Klingeln an der Tür ließ nicht nach. Es war, als ob das Schicksal unsere Entschlossenheit, unsere Großzügigkeit und unsere Fähigkeit, uns anzupassen und zu wachsen, auf die Probe stellen wollte. Aber was nun? Der Garten war mit Zelten und dem Wohnwagen bereits voll ausgenutzt, das Haus bis in den letzten Winkel belegt. Wie konnten wir weiterhin unsere Türen offenhalten, wenn scheinbar kein Platz mehr war?

Es klingelte wieder... und wieder. Eine endlose Abfolge von Gesichtern, jeder Blick gefüllt mit der Hoffnung auf Schutz, auf ein neues Leben. Die vorherrschende Situation wurde zunehmend komplexer, die Lösungen nicht offensichtlicher.

Inmitten dieser Herausforderungen meldete sich die Regierung zu Wort. „Es läuft doch“, erklärten sie, „Wir haben etwas geregelt. Es klingeln doch weniger.“ Aber die Worte der Regierung schienen von der Realität an unserer Tür, von den kontinuierlichen Klingeln, losgelöst. Ihre Beruhigungen klangen hohl im Angesicht der anhaltenden Bedürfnisse und der unmittelbaren menschlichen Erfahrungen, mit denen wir konfrontiert waren.

Und es klingelt weiter.

Abschaffung der kommunalen, staatlichen Regulierungswut

Nahezu jede Maßnahme zieht ein Gutachten oder eine fragwürdige Verordnung nach sich, was wiederum eine Bindung von Personalressourcen zur Folge hat.

Nach der Phase des Aufschwungs, in der die Volkswirtschaft sich durch Aufbau, Erhalt und schließlich Niedergang entwickelte, bot sich die Möglichkeit, sich anderen Themen zuzuwenden. Im Folgenden werden vier beispielhafte Fälle aufgezeigt, wie berechnete Forderungen durch Exzesse des Wohlstands letztendlich zum wirtschaftlichen Niedergang führen können. Ein detaillierter Maßnahmenkatalog der Städte und Gemeinden liegt diesem Schreiben bei.

Beispiel Energiemanagement und Klimaschutz

Vor mehr als fünfzehn Jahren nahm unsere Gemeinde ein fortschrittliches Projekt in Angriff, mit dem Ziel, die Energieeffizienz aller Gebäude zu verbessern. Dabei setzten wir unter anderem auf die Einrichtung von Bürgersolaranlagen. Dieses Vorhaben wurde ohne die Grundlage von vorherigen Studien oder spezifischen gesetzlichen Richtlinien in die Wege geleitet. Die entscheidenden, zukunftsweisenden Beschlüsse unseres Gemeinderats basierten auf den erwarteten Einsparungen bei den Energiekosten.

Mittlerweile ist im Rathaus eine Vollzeitstelle eingerichtet, deren Hauptaufgabe in der Überwachung des Energieverbrauchs der kommunalen Gebäude liegt. Unterstützt wird diese Kraft von einer halbtägig beschäftigten Person. Die zentrale Tätigkeit dieser Stellen ist das Sammeln und Dokumentieren von bereits vorliegenden Daten. Als wir bei der Verwaltung nachfragten, ob der erhebliche Personaleinsatz gerechtfertigt sei – vor allem, da kein unmittelbar erkennbarer Zusatznutzen für den Klimaschutz durch diese Dokumentationsarbeit entsteht –, lautete die Antwort, dass dieses Management erforderlich sei, um Fördermittel auf Landes- oder Bundesebene zu sichern.

In den 1.100 Städten und Gemeinden Baden-Württembergs ließe sich durch eine Optimierung dieser Verwaltungsprozesse beträchtlich Personal- und Kostenaufwand verringern, was eine direktere Investition in den Klimaschutz ermöglichen würde.

Beispiel Bauplatz – Archäologie und Denkmalamt

Um der Wohnungsnot entgegenzuwirken, wies unser Gemeinderat auf Aufforderung des Staates ein neues Baugebiet aus. Im Laufe des Genehmigungsverfahrens kam heraus, dass dieses Gebiet als "Hofstatt" bekannt ist. Daraufhin äußerte die archäologische Abteilung des Landratsamtes den Verdacht auf möglicherweise historisch wertvolle Funde in diesem Bereich. Als Konsequenz wurde beschlossen, die oberen 30 bis 40 cm des Bodens abzutragen, um nach Anzeichen einer ehemaligen Besiedlung, beispielsweise Dachziegel, zu suchen. Für diese Untersuchung musste die Gemeinde 2,5 Millionen Euro aufwenden.

Seit mehr als einem Jahrhundert bearbeiten die Bauern dieses Land durch regelmäßiges Pflügen. Sie hätten zweifellos jeden auffälligen Stein oder Ziegel bemerkt und entfernt. Diese schlichte Überlegung aus der Perspektive der Bürger stellt die Notwendigkeit solcher aufwendigen Untersuchungen infrage.

Würde man diese Vorgehensweise in allen 400 Landkreisen Deutschlands standardisieren, könnten erhebliche Ressourcen eingespart werden. Sinnvoller wäre es, im Falle eines bedeutenden archäologischen Fundes, die Kosten für dessen Freilegung vom Land tragen zu lassen. Als Gegenleistung könnte das Land dann auch die potenziellen Einnahmen, beispielsweise aus Eintrittsgeldern für die Besichtigung, einbehalten.

Außerdem wurden die Kosten für die archäologische Untersuchung auf die Bauplatzpreise aufgeschlagen. Das führte zu einem Preisanstieg, der sich besonders nachteilig auf den sozialen Wohnungsbau ausgewirkt hat.

Beispiel Naturschutz

Mitten auf unserem Baugebiet ragt ein alter Birnbaum empor, dessen beste Tage offensichtlich gezählt sind: Ein großer Ast ist bereits abgebrochen, und die vielen Astlöcher suggerieren ein baldiges Ende. Trotz seines Zustandes wird gefordert, dass dieser Baum als Naturholz-Habitat für Tiere erhalten bleibt – eine Forderung, die angesichts der geplanten Entwicklung und der dringenden Notwendigkeit neuer Wohnflächen absurd erscheint. In einer Zeit, in der effizienter Flächenverbrauch und die Schaffung von Wohnraum im Vordergrund stehen sollten, wirkt das Beharren auf dem Erhalt eines offensichtlich sterbenden Baumes wie ein Schildbürgerstreich. Diese Situation verdeutlicht die manchmal unpraktischen Konsequenzen gut gemeinter Naturschutzbestrebungen, die im krassen Gegensatz zu den Anforderungen urbaner Entwicklung und pragmatischer Landnutzung stehen und von ihrer ehemals legitimen Bestrebungen nun ins absurde abdriften.

Beispiel Artenschutz

Unsere Gemeinde stellte einen Antrag zur Erweiterung des Gewerbegebiets „Untere Breite“. Wenn wir die umfangreichen Prüfverfahren durch nahezu 20 Abteilungen des Landratsamtes einmal außer Acht lassen, richtet sich unser Augenmerk speziell auf die Abteilung für Artenschutz. Das betreffende Areal war bis dahin landwirtschaftlich genutztes Ackerland, das regelmäßig für die Bepflanzung mit Erdbeeren sowie Sommer- und Wintergerste umgepflügt wurde.

Eine schützenswerte Eidechsenart wurde von der zuständigen Behörde auf diesem Areal vermutet. Als Konsequenz daraus wurde ein Baustopp verhängt und das Gelände mit einem Plastikzaun umzäunt, was Kosten in Höhe von circa 250.000 Euro verursachte. Es wurden daraufhin ca. 15 Eidechsen gefunden und umgesiedelt. Eine Tatsache, die man so erst einmal verkraften muss.

Die Frage, die sich viele Bürger nun stellen, ist, was für die Eidechsen gefährlicher war: Die regelmäßige Überfahrt durch Traktoren mit breiten Pflügen oder das Risiko, beim Ausgraben von Fundamenten zu Schaden zu kommen. Schon Grzimek meinte, dass Tiere sich den heranrückenden Maschinen oft entziehen.

Dies wirft eine grundsätzliche Frage auf: Ist es wirklich zielführend, Arbeitsplätze um jeden Preis zu erhalten, die keinen wesentlichen Mehrwert für die Wirtschaft oder das soziale Gefüge bieten?

Weitere Informationen finden Sie im Förderkatalog der Städte und Gemeinden. Es existieren noch hunderte überzeugende Beispiele. Angesichts dieser Situation ist eine umfassende Reform sowohl auf staatlicher als auch auf kommunaler Ebene dringend erforderlich, um die Funktionsfähigkeit unserer Volkswirtschaft zu gewährleisten.

Der Übergang in die Wohlstandsgesellschaft hat Intuitionen und extreme Personalbindungen erzeugt, welche ihre ehemaligen wichtigen Aufgabenstellungen erfolgreich erledigt haben, aber jetzt hilflos abstrakte und utopische Vorgaben auf den Weg bringen und eine funktionierende Volkswirtschaft extrem gefährden.

Existenzbedrohend für den Mittelstand

Mindestlohn

Die hohe Anzahl an Insolvenzen im Einzelhandel, in der Gastronomie und in der Landwirtschaft, insbesondere auch unter den Erntehelfern, hat eine weitreichende Insolvenzwelle zur Folge gehabt. Die Unternehmen sind finanziell nicht in der Lage, eine Erhöhung des Mindestlohns von 8,- € auf 12,- € umzusetzen, was einem Anstieg von 50% gleichkommt. Zudem ist der soziale Mehrwert dieser Erhöhung umstritten.

Wir setzen uns für eine Anpassung des Mindestlohns auf 10,- € ein und fordern, dass die Regierung sich nicht in tarifliche Vereinbarungen einmischt. Stattdessen sollte die Unterstützung für Menschen mit niedrigem Einkommen durch eine Anhebung des steuerfreien Grundbetrags erfolgen. Dies bietet der Politik die Gelegenheit, soziale Verantwortung zu übernehmen und effektiv zu handeln.

Es ist nicht gerechtfertigt, einerseits 4,- € mehr zu verlangen und andererseits durch hohe Steuern und Abgaben 2,60 € davon wieder abzuziehen, sodass letztlich nur 1,40 € bei den Geringverdienern ankommen. Diese Praxis belastet die finanziell Schwächsten und tarnt sich fälschlicherweise als soziales Engagement.

Bei Beibehaltung des Mindestlohns von 12,- € stehen mittelständische Unternehmen, die vorwiegend Teilzeit- und Aushilfsstellen anbieten, vor dem Aus. Diese Jobs sind besonders für die Unterstützung bei der Kinderbetreuung wichtig. Sollten Gaststätten und Läden in Städten und Gemeinden verschwinden, gehen auch diese essenziellen Arbeitsplätze verloren.

Zusätzlich wirft die hohe Zahl von 2,4 Millionen nicht vermittelbaren Arbeitslosen Fragen auf. Ein möglicher Faktor könnte sein, dass durch staatliche Auflagen und Regulierungen insbesondere einfache Hilfstätigkeiten zunehmend eingespart werden.

Ein Beispiel:

Früher war es in mittelständischen Unternehmen des Gewerbe- und Industriezweigs gang und gäbe, ein bis zwei Hilfskräfte für Aufgaben wie Reinigung und Instandhaltung zu beschäftigen. Obwohl diese Mitarbeiter nicht direkt in die komplexen Abläufe des Betriebs eingebunden waren, trugen ihre Arbeiten wesentlich zum reibungslosen Tagesgeschäft bei. In von Familien geführten Betrieben ist die

Anerkennung solcher Leistungen besonders wichtig; sie dient als Ausdruck echter Wertschätzung. Das stärkt bei den Angestellten nicht nur das Gefühl, ein geschätzter Teil des Unternehmens zu sein, sondern gibt ihrem Tun auch einen tieferen Sinn. Die Einführung des Mindestlohns bewirkte allerdings, dass fast alle solcher Stellen abgeschafft wurden, weil es wirtschaftlicher wurde, diese Dienste extern zu beauftragen. Als Konsequenz sind die ehemaligen Hilfskräfte nun auf staatliche Unterstützung in Form des Bürgergelds angewiesen.

Bürgergeld

Angesichts eines Schulsystems, das zunehmend Schwierigkeiten hat, geeigneten Nachwuchs für das Handwerk und den Mittelstand zu generieren, wirft die Einführung des Bürgergelds neue Fragen auf. Es gilt zu bedenken, ob das Bürgergeld als finanzielle Unterstützung nicht eine attraktive Alternative zur traditionellen Arbeit bieten könnte. Dies könnte insbesondere die Vorstellung von Arbeit verändern und dazu führen, dass einige Menschen **die Vorteile eines garantierten Einkommens** ohne die Notwendigkeit einer regulären Arbeitswoche erwägen.

Bildungssystem

Ein drängendes Problem ist die wachsende Schwierigkeit, Auszubildende zu finden, was größtenteils auf die Struktur des aktuellen Bildungssystems und den Rückgang der Anzahl von Schülern mit Haupt- und Realschulabschluss zurückzuführen ist. Diese Tendenz erschwert es, qualifizierten Nachwuchs für das Handwerk zu sichern. Daraus resultiert, dass viele Handwerksbetriebe keinen geeigneten Nachfolger finden und schließen müssen. Zusätzlich verschärft wird die Lage durch die bevorstehende Pensionierungswelle unter Handwerksmeistern. Obwohl die Ausbildung von Flüchtlingen als Teil der Lösung gesehen wird, kann sie die grundlegenden Probleme nicht vollständig beheben. Bürokratische Hindernisse könnten zwar überwunden werden, doch sprachliche Barrieren bleiben bestehen. Diese erschweren es, dass neu ausgebildete Fachkräfte kurzfristig die Lücke füllen oder langfristig in der Lage sind, Meisterkurse zu besuchen und somit den drohenden Verlust von 50 % der Handwerksbetriebe, welche in Rente gehen, auszugleichen. Es ist wichtig, dass das Bildungssystem zeitnah Maßnahmen ergreift, um sicherzustellen, dass ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen und so die Handwerksbranche unterstützt wird.

Krankheitstage

Nach dem Ende der Corona-Pandemie beobachten wir einen Anstieg der Krankheitstage, die oft den durchschnittlichen tariflichen Jahresurlaub übersteigen. Es ist mittlerweile üblich, dass jährlich zwischen 60 und 100 Tage krankheitsbedingt fehlen.

Die Regelung, dass sich Mitarbeiter telefonisch bis zu zwei Wochen krankschreiben können, stellt eine zusätzliche Herausforderung in einer Zeit dar, in der Unternehmen ohnehin schon mit einem akuten Fachkräftemangel zu kämpfen haben. Vor allem bei jüngeren Mitarbeitern hat sich der Trend durchgesetzt, morgens anzurufen und zu sagen: "Chef, ich bin mir heute nicht sicher, wie ich mich fühle".

Darüber hinaus ist es bedenklich, wenn Krankheiten wie Lungenentzündungen diagnostiziert werden, ohne dass ein Arzt die Atemwege abhört. Das wirft die Frage auf, wie genau solche Diagnosen am Telefon sein können.

Grundsätzliches zur Volkswirtschaft

Ein häufig zitierter Spruch im Mittelstand lautet: „Der Erste baut auf, der Zweite hält, der Dritte zerstört.“ Diese Weisheit findet ebenso in der Volkswirtschaft Anwendung. Blicken wir zurück: 1945 war Deutschland ein Land in Ruinen. Doch in weniger als einem Vierteljahrhundert leistete das deutsche Volk Außergewöhnliches, was weltweit Beachtung fand. Durch ihren unerschöpflichen Fleiß, ihre Motivation und ihren Erfindungsgeist gelang es ihnen, das Land neu aufzubauen. Der Mittelstand und bald auch die Industrie entwickelten sich zu treibenden Kräften einer neuen Wirtschaftsmacht. Die Arbeitswochen waren lang, oft über 55 Stunden, und nicht selten arbeiteten Unternehmer im Mittelstand 60 bis 70 Stunden pro Woche. Dieser Einsatz führte zu einem verdienten Wohlstand, von dem nicht nur die Mittelschicht, sondern auch Angestellte in Büroberufen profitierten.

Nach dem Wiederaufbau der grundlegenden Strukturen einer funktionierenden Volkswirtschaft richtete man den Blick auf größere Herausforderungen. Es entstanden Ministerien und Behörden für Naturschutz, Tierwohl, Artenschutz, Archäologie, Denkmalpflege und viele weitere Bereiche, oft mit einem hohen Personalaufwand.

Doch zeigt sich ein wirtschaftlicher Rückgang darin, dass viele dieser Einrichtungen mit dem Dilemma überflüssiger Arbeitsbeschaffung konfrontiert sind. Eine Flut von Regulierungen in staatlichen wie wirtschaftlichen Bereichen, geprägt von zahllosen Arbeitsgruppen, Studien und Konzepten, ist die Folge. Das wird besonders anhand von Maßnahmen wie umfangreichen Bauplatzuntersuchungen deutlich, die durch staatliche Auflagen erzwungen werden und letztlich nur dazu dienen, Arbeitsplätze künstlich zu erhalten, obwohl die finanzielle Last kaum noch zu tragen ist.

Wir sind ein Volk, das sich dem Aufbau und der Erhaltung verschrieben hat, doch verlieren wir zunehmend den Bezug zur Realität, was die Bewahrung unserer Errungenschaften angeht. Es ist keine Option, jedes Mal von vorn zu beginnen.

Falls auf diese Forderungen politisch keine Reaktion erfolgt, markiert der 3. Oktober den entscheidenden Tag des Widerstands.